

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gebolt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Beleggeld 2.52 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Belegzeile oder deren Raum 30 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Akademie nachmittags 3 Uhr.

Nr. 74.

Bielefeld-Bethel, Freitag, den 28. März 1919.

Jahrgang 1.

Wohl den Menschen, die sich für ihre Stärke halten.
M. 84. 6.

Los vom Staat.

Die vorläufige preussische Verfassung hat für die evangelische Kirche eine ganz neue Sachlage geschaffen. Denn sie hat die Rechte des Königs innerhalb der Landeskirche auf drei evangelische Mitglieder des preussischen Staatsministeriums übertragen. Damit ist der alte verderbliche Einfluß des Staates auf die Kirche nicht nur festgehalten, sondern sogar verstärkt. Wie die sozialdemokratischen Minister Preußens zu dem entschiedenen Evangelium Jesu Christi stehen, ist bekannt. Und die Kirche muß eine Einmischung von dieser Seite auf das allerentschiedenste ablehnen. Sie will überhaupt vom Staate, sei er sozialdemokratisch oder konservativ, unabhängig sein. Nur so kann sie jedem ihrer Mitglieder, ob er ultrakonservativ oder extrem sozialistische Anschauungen hat, dienen. Für sie gibt es keine Partei, nur Christen.

Wenn im Staate die königliche Gewalt durch die Revolution auf das Volk übergegangen ist, so ist sie in der Kirche übergegangen auf die Gemeinde. Nicht auf die Gemeinde aller bloß Getauften oder Konfirmierten, sondern auf die Gemeinde aller derer, welche volljährig sind und ausdrücklich erklären, der evangelischen Volkskirche angehören zu wollen. Diese bilden das stimmberechtigte Kirchenvolk, und sie allein haben das Recht, eine neue Kirchenverfassung aufzubauen.

Pflicht des Vorstandes der General synode ist es deshalb, sofort eine verfassungskonforme Kirchenversammlung wählen zu lassen, und zwar durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Verhältniswahl aller volljährigen Männer und Frauen, welche ausdrücklich erklären, der evangelischen Volkskirche angehören zu wollen, und auf dem Bekenntnis: „Jesus Christus, der Herr“ bestehen. Diese Wahl muß sofort stattfinden, es ist keinerlei Zeit zu verlieren. Die so gewählte Kirchenversammlung muß schleunigst zusammentreten, am besten in einem Brennpunkte christlichen evangelischen Lebens und dem Staate erklären: Wir erkennen deine Einmischung in unsere Angelegenheiten nicht an, und wir lehnen sie schroff ab und erklären uns als die souveräne Vertretung der evangelischen Kirche Preußens. Geschieht das nicht, so werden sich die Westprovinzen gezwungen sehen, selbständig zu handeln. D. Jaeger.

Der Kampf um die Sozialisierung.

Rede des Abgeordneten Wallbaum.

(Schluß.)

Ich möchte unsere Stellung dahin zusammenfassen: wenn die Reichsregierung auf eine derartige Sozialisierung lossteuert, wenn sie will, daß alle Produktionszweige und sämtliche Betriebe der Gesellschaft zugeführt werden sollen, können wir ihr auf diesem Wege nicht folgen.

Für uns ergeben sich zwei Fragen. Erstens: ist eine Sozialisierung in dem von mir eben gekennzeichneten Sinne überhaupt möglich? Diese Frage möchte ich verneinen. Es gibt da eine Unmenge von Schwierigkeiten zu überwinden, auf die gestern und heute zum Teil schon eingegangen worden ist. Auch in der Ihnen nahestehenden Gewerkschaftspresse wird zum Ausdruck gebracht, daß — um auf eines zunächst einmal einzugehen — die Vorbedingung für eine Sozialisierung hochentwickelte, leistungsfähige Betriebe sind. Eine zweite und meines Erachtens noch wichtigere Vorbedingung ist, daß alle diejenigen, die nun in diesen sozialisierten Be-

trieben beschäftigt sind, die Arbeiter, Angestellten usw., wahre und reine Idealisten sind, die gewillt sind, das eigene Ich hinter das Wohl der Gesamtheit zu stellen. Es klingt ja wunderbar, wenn einmal nach Ansicht vieler, die hinter Ihnen stehen, das große Hindernis der Wirtschaft, der kapitalistische Unternehmer, aus dem Wege geräumt ist und an seine Stelle dann die wirklichen Produzenten, die Arbeiter, treten, die in schönster Harmonie alle für einen und einer für alle arbeiten. Aber in der Praxis hat es sich noch immer herausgestellt, daß es mit der menschlichen Harmonie leider sehr schlecht bestellt ist, da der Mensch nun einmal von Natur so organisiert ist, daß er sich bei allen seinen Handlungen vielfach von egoistischen Interessen beeinflussen läßt. Jeder will von seiner Arbeit den denkbar größten Nutzen haben, und niemand denkt daran, dem Leistungsfähigeren einen größeren Nutzen als sich selbst zukommen zu lassen. Wir haben in dieser Hinsicht bereits ein abschreckendes Beispiel an Rußland erlebt, und die vier Monate, die wir in Deutschland im Zeichen der Revolution erlebt haben, zeigen uns, daß es mit den Idealen auch bei uns sehr schlecht bestellt ist. Wie sieht es denn bei uns aus? Die alte Ordnung wurde niedergebissen. An ihre Stelle trat die Volksherrschaft, und man rühmt sich in Deutschland, nunmehr die vollkommenste Demokratie zu besitzen. Der Sozialdemokratie ist dabei am umfangreichsten die Rolle der Regierenden zugefallen. Die Agitation aber, die von den Sozialdemokraten seit 50 Jahren betrieben wurde, war nicht geeignet, die Arbeiter für diese Aufgabe und zu Idealisten zu erziehen. Jedes Autoritätsgefühl wurde bekämpft und untergraben. In die Seele des Arbeiters wurde ein Samenfort gestreut, das ihn mit Verbitterung erfüllen mußte gegen seinen Meister, gegen seinen Arbeitgeber, gegen den Staat und gegen die Gesellschaft. Ein unaussprechlicher Haß ist der irgeleiteten Masse eingeimpft worden, und nun kommt plötzlich aus diesen Kreisen heraus eine Regierung, in der Männer sitzen, die auf ihre Art sich an dieser Agitation beteiligt haben, und die nun verlangen, daß mit einmal der Arbeiter vernünftig sein soll. Die Arbeiter sollen nun plötzlich mehr Einsicht üben, ihre eigenen Wünsche zurückstellen und dem Wohl und den Notwendigkeiten der Gesamtheit unterordnen. Da verlagert die Masse ihren Führern die Gefolgschaft, und die Folge ist, daß all dies eintreten konnte, was wir in den letzten Monaten und auch in diesen Tagen noch erlebt haben.

Wie liegen denn die Dinge heute? Diese Frage wird beantwortet durch einen Artikel, den der Herr Reichsminister Dr. Koeth in der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung“ veröffentlicht. Er schildert die Sache treffend, wenn er sagt:

Aber dennoch, im Augenblick treibt die Bewegung, in die die Arbeiterklasse durch die Revolution geraten ist, zur Katastrophe. Die alte Disziplin der Dienenden und Abhängigen ist zerbrochen. Aber die freie Selbstdisziplin unabhängiger, ihrer Verantwortung voll bewußter Männer ist nicht erreicht. Statt ihrer herrscht vielfach ungebärdiger Eigenwille, der sich durchsetzt, und sei es auf einem Trümmerhaufen. Früher hat der Kohlenarbeiter sein Tagewerk vollbracht, weil er bei Lässigkeit Entbehrung und Hunger fürchtete. Später wird er vielleicht auch leisten, was er zu leisten vermag, weil er wissen wird, daß, wenn er schafft, Millionen anderer Hände sich rühren. Heute kennt er den ersten Antriebs nicht mehr und den zweiten noch nicht. Ob er nun feiert, um die Auszahlung immer neuer Hundertmarktscheine zu erzwingen oder weil einige der Änderungen der Wirtschaftsordnung, die er wünscht, nicht schnell genug vorgenommen werden, das Resultat ist gleich fürchtbar und verhängnisvoll, es ist Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Zusammenbruch, Gefährdung der Ernährung, letzten Endes Bürgerkrieg, Verzwürfung und Ruin.

Was hier ein Mann, der das Wirtschaftsleben und die Ereignisse der letzten Zeit genau verfolgt hat, sagt, läßt zweifellos erkennen, daß mit der Gefinnung und mit der Auffassung über das wichtige Pflichtgefühl eines jeden einzelnen, die heute in weiten Kreisen der Bevölkerung vorhanden sind, es

ein gewagtes Experiment sein würde, den Sozialisierungsgedanken, wie er seit Jahren gepredigt wird, jetzt in vollem Umfange zur Durchführung zu bringen.

Es gibt leider wenige solche Idealisten, die das eigene Ich zurückstellen und nur das Wohl der Gesamtheit im Auge haben. Sie fehlen nicht nur im Arbeiterstande, nein, auch in den übrigen Schichten haben wir über mangelnde Einsicht und das Fehlen des Pflicht- und Verantwortungsgefühls aufs lebhafteste zu klagen. Der Herr Reichsminister Bissell hat zwar gestern der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese sittlichen Kräfte, die für das Sozialisierungswerk Vorbedingung sind, in den Arbeiterkreisen vorhanden seien. Ich hoffe und wünsche, Herr Reichsminister, daß Sie mit dieser Ihrer Auffassung recht behalten mögen. Ich für meine Person vermag auf Grund der Vorgänge der letzten Wochen und Monate leider diese Auffassung nicht zu teilen.

Eine weitere Gefahr bei der Durchführung der Sozialisierung liegt meines Erachtens darin, daß in denjenigen Kreisen, die als Unternehmer und als Betriebsleiter unsere Volkswirtschaft hoch gebracht haben, die Initiative, die wir bisher beobachten konnten, auf Grund der Vorgänge der Jetztzeit sehr leicht erlahmen kann. Wir sollen diese Gefahr nicht unterschätzen, sondern erkennen, welchen Anteil die geistigen Arbeiter an der Produktion haben. Wir verkennen gar nicht — und ich betone es mit großer Befriedigung —, daß der Arbeiterstand durch seine Tüchtigkeit und durch seinen Fleiß einen gewaltigen Anteil am Wirtschaftsleben sich erworben hat. Ohne ihn würden wir die Höhe, auf der unser Wirtschaftsleben vor dem Kriege und während des Krieges stand, nicht erreicht haben, wenn der Arbeiter nicht sein Bestes, seine ganze Arbeitskraft und sein ganzes Können in den Dienst der Industrie gestellt hätte.

Aber mit dieser Anerkennung dürfen wir uns nicht begnügen. Es wäre falsch, zu glauben, daß nur der Arbeiter Produktionswerte geschaffen hätte. Wir müssen anerkennen und es offen aussprechen, daß unsere gewaltige Produktionskraft vor und während des Krieges einen Erfolg der körperlichen und geistigen Arbeiter darstellt.

Diese Auffassung finde ich auch in einem Gewerkschaftsorgan vertreten, das zu einer Richtung gehört, die in dieser Frage nicht immer ein objektives Urteil gefällt hat. In der Gewerkschaftszeitung „Der Textilarbeiter“ heißt es in einem Artikel über das Sozialisierungsproblem im Zusammenhang mit dem, was ich eben gesagt habe:

Das muß anerkannt werden: die Ertragsfähigkeit jedes Handels- und Industrieunternehmens liegt nicht allein in der Hand der Arbeiter und Angestellten, sondern hängt in erster Linie ab von der geistigen Führung. Diese ruht auf den Schultern der kaufmännischen und technischen Leiter. Sie steigt und sinkt mit deren kaufmännischem Genie, deren technischer Fachfähigkeit, Schaffensfreudigkeit, Betriebsamkeit und nicht zuletzt mit ihrem Unternehmungsgeist und dem gesunden Wagemut. Wie die Triebfeder ein Uhrwerk treibt, so treibt die geistige Befähigung der Leitung ein großes Unternehmen. Es liegt auf der Hand, daß diese Befähigung und Betriebsamkeit durch die Aussicht auf persönlichen Gewinn Ansporn und Spannkraft empfängt, sei es für den Besitzer in seinem Privatgewinn, sei es für den Direktor in Gestalt eines vereinbarten Anteils.

Ich glaube, diesen Ausführungen kann man nur zustimmen. Aber wir knüpfen daran die Frage, ob wir mit der Durchführung der Sozialisierung nicht die Initiative der geistigen Arbeiter unterdrücken, die in ihrer Bedeutung auch von Ihrer Seite (nach links) anerkannt wird. Wenn wir unsere Volkswirtschaft nicht vollends zerschlagen wollen, dann hüten wir uns, diese Initiative der geistigen Arbeiter zu beseitigen.

Ich möchte auch noch auf folgendes aufmerksam machen. So wie wir mit der Sozialpolitik in Deutschland, allen Ländern voraus, zum Segen für unsere Arbeiterschaft vor dreißig Jahren den Anfang gemacht haben, so machen wir auch jetzt wieder den Anfang, das schwierige Problem der Sozialisierung in Angriff zu nehmen. Ob nun in den Ländern — und diese Frage ist, glaube ich, auch gestern hier schon berührt worden —, die mit uns auf dem Weltmarkt konkurrieren, der Sozialisierungsgedanke sich ebenfalls durchsetzen wird, erscheint mir durchaus fraglich. Das würde aber eine doppelte Gefahr für unsere Konkurrenzfähigkeit bedeuten. Zunächst sind uns durch das

Waffenstillstandsabkommen unerhörte Bedingungen auferlegt worden, die in ihrer Auswirkung an und für sich schon geeignet sind, den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unmöglich zu machen. Ich für meine Person besitze leider nicht den Optimismus, um glauben zu können, daß der Abschluß des Friedensvertrages uns wesentlich leichtere Bedingungen bringen wird. Die Rohstoffzufuhr, auf die wir doch in erster Linie angewiesen sind, und auch die Absatzmöglichkeiten werden nach dem Friedensschluß Schmerzenskinder unserer Volkswirtschaft sein. Kommt nun noch hinzu, daß zu diesen Schwierigkeiten von außen das Experiment der Sozialisierung nicht den gewünschten Erfolg haben wird, dann ist es mit unserer Konfidenz auf unabsehbare Zeiten vorbei. Deshalb sind wir der Auffassung, daß man bei einer solchen umwälzenden Umordnung äußerst vorsichtig sein muß und zu überlegen hat, was eigentlich das Ende vom Liede sein wird. Unser Wirtschaftsleben ist kein Versuchsobjekt. Es ist uns viel zu wertvoll, als daß man daran Parteigrundsätze ausprobieren und nur aus Grundsatz zu sozialisieren gedenkt.

Sehen wir uns doch die rauhe Wirklichkeit an. Wir brauchen Güter, und zwar in genügender Menge und zu einem Preise, der den Konsumenten und Produzenten Lebensmöglichkeiten bietet. Ich kann mich daher im Gegensatz zur Sozialdemokratie, obwohl ich grundsätzlich kein Gegner der Verstaatlichung dazu geeigneter Betriebszweige bin, der Auffassung nicht anschließen, daß alles Heil nur von einer Änderung des Wirtschaftssystems zu erwarten ist. Meines Erachtens kommt es jetzt nicht so sehr auf die Wirtschaftsform, sondern auf die innere Ruhe der Menschen und auf die Stetigkeit der Produktion an, die Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Arbeitsmöglichkeit bietet. Das aber fehlt uns augenblicklich. Durch den Zusammenbruch des Krieges und, ich füge hinzu, durch die Revolution ist uns diese Ruhe und Stetigkeit verloren gegangen. Jetzt denken viele nur daran, ihre politischen und wirtschaftlichen Ideale zu verwirklichen. Sie vergessen aber dabei das Arbeiten selbst.

Wenn wir die alles umfassende Sozialisierung ablehnen, so verkennen wir andererseits durchaus nicht, daß es Betriebszweige gibt, die zwar nicht in der vorhin gekennzeichneten Weise in das Eigentum der Gesamtheit übergehen sollen, wohl aber durch den Staat und die Kommunen in eigene Regie übernommen werden können. Es läßt sich darüber reden, ob nicht zur geeigneten Zeit der Kohlenbergbau, Kaliberbau und andere Bodenschätze sowie auch die Naturkräfte dadurch der Allgemeinheit zugänglich werden, daß der Staat entweder die Kontrolle über Förderung und Verkauf der Waren übernimmt, sich daran beteiligt oder den gesamten Betriebszweig völlig in eigene Regie übernimmt. Auch das Baugeländekäme, um es der privaten Spekulation zu entziehen, hierfür in Betracht. Ob nun aber der gegenwärtige Augenblick dazu geeignet ist, erscheint mir zweifelhaft. Unser Wirtschaftsleben liegt völlig darnieder; wie das hat uns Kollege Hugenberg in geradezu erschütternder Weise gezeigt. Gerade von Ihrer Seite (zu den Sozialdemokraten) ist doch auch des öfteren betont worden, daß nur solche Betriebe sozialisiert werden sollen, die prosperieren, die große Gewinne abwerfen und dergleichen mehr. Das alles ist aber jetzt nicht der Fall, solche Betriebe gibt es jetzt nicht. Wenn gestern schon ausgeführt worden ist, daß hier die großen Schwierigkeiten liegen, und außerdem auch das Ausland Anlaß zur Freude haben wird an dem Versuch, im jetzigen Augenblick dazu überzugehen, möglichst Privateigentum in den Besitz des Staates zu überführen, so denke ich, sind das alles Fragen von so schwerwiegender Bedeutung,

daß in der Kommission nicht mit der von Ihnen gewünschten Überstürzung, sondern mit Gründlichkeit auf diese vorgetragenen Bedenken des näheren eingegangen werden muß.

Ich möchte mit einigen Sätzen nur noch sagen, daß wir zwar Einschränkungen machen, wenn es sich um die Durchführung der Sozialisierung handelt. Wir sind aber andererseits davon überzeugt, daß wir alle Mittel anzuwenden haben, wenn es gilt,

dem Arbeiter wieder Freude an der Arbeit,

Freude am Dasein zu verschaffen. Dazu bedarf es nicht nur des gründlichen Ausbaus unserer Sozialpolitik, der Arbeitslosenversicherung und der sonstigen Versicherungsgeetze. Damit allein ist die Ausöhnung mit der Arbeiterschaft nicht herbeizuführen. Rein, auch in der Gewerkschaftsbewegung haben wir nicht nur um ein paar Pfennig Lohnerhöhung, nicht nur um eine Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft, sondern wir haben andere Forderungen gehabt, die darin gipfelten, dem Arbeiter Anerkennung zu verschaffen, die ihm auf Grund seiner Bedeutung im Wirtschaftsleben gebührt. Das muß

auch in Zukunft unsere Aufgabe

sein. Die Sozialisierung wird nicht allgemein durchgeführt werden können, und deshalb werden Millionen von Arbeitern auch in Zukunft in Privatbetrieben weiter tätig sein. Diesen ihr Los zu erleichtern, ist die Aufgabe, die wir in Zukunft zu erfüllen haben. Dazu gehört, daß nicht nur die Organisationen der Arbeiter anerkannt werden, daß diese berechtigt sind, mit den Arbeitgebern und auch mit den Behörden zusammen zu arbeiten, um die verschiedenartigen Interessen der Arbeiter zu fördern, sondern es gehört auch dazu, daß der Arbeiter als Persönlichkeit mehr gewertet und in den Vordergrund gestellt wird. Daraus und aus den daraus sich ergebenden Konsequenzen resultiert sich die Verbitterung, die heute leider das Schicksal so schwer macht.

Auf die Versöhnung hinzuwirken, das soll unsere Aufgabe sein. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) darin mit uns einig sind, wollen wir von der äußersten Rechten gern mit Ihnen arbeiten. Dazu ist aber notwendig, daß die Grundsätze des Christentums mehr Geltung gewinnen im öffentlichen Leben. Ohne diese Grundsätze wird das Wort, das uns alle Richtlinien für die Tätigkeit im öffentlichen Leben gibt, nicht Wirklichkeit werden, das Wort, das heißt: „Liebe deinen Nächsten als dich selbst“. Ohne die Befolgung dieses Wortes von allen, die zusammen arbeiten und wirken müssen, wird die große soziale Versöhnung nicht möglich sein, die aber möglich gemacht werden muß, wenn wir uns wieder emporarbeiten wollen zu der geachteten Stellung, die wir vor dem Kriege in der Welt eingenommen haben.

Preussische Steuerzuschläge.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1919 ist der preussischen Landesversammlung zugegangen. Der Entwurf ermächtigt die Staatsregierung bis zur gelegentlichen Feststellung des Staatshaushaltsplanes für die Monate April, Mai und Juni 1919 alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung geordneter bestehender Einrichtungen oder zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen erforderlich sind.

daraus hervor, daß das Ministerium für Landwirtschaft seit dem Jahre 1910 alljährlich für seine oberen und mittleren Meliorations-technischen Beamten und Landwirtschaftslehrer besondere Jahrgänge für Moorkultur an der Moorversuchsanstalt Bremen eingerichtet hat, die sich sehr gut bewährt haben und wodurch das Interesse für unsere Moore in weite Kreise unseres Volkes hinein getragen wird.

Während des Krieges wurden in allen Teilen des Reiches mit Hilfe der Kriegsgefangenen große Moorflächen entwässert und in Kultur genommen.

Es soll im nachstehenden nicht auf die Einzelheiten der Moorkultur eingegangen, sondern nur ein allgemeinen Überblick gegeben werden.

2. Einteilung der Moore.

Wir unterscheiden Hoch- oder Heidemoore und Niedermoore oder Grünlandmoore. Erstere finden sich hauptsächlich in Ostpreußen, Hannover, Schleswig-Holstein, Westfalen und dem Königreich Bayern. Wenn ihre Entstehung auch durch Wasseransammlungen begünstigt wird, so ist sie doch nicht daran gebunden, sondern an niederschlagsreiche Gegenden, wie Meeresküste und Gebirge. Man findet Hochmoore sogar auf Bergesgründen, wie beispielsweise auf dem Brocken. Die Hochmoore setzen sich aus einer Menge von Sumpfpflanzen, vornehmlich aber aus Moosen, Bollgras und Heidekraut zusammen, aus Pflanzen, die alle keine hohen Ansprüche an Pflanzennährstoffe stellen, weshalb auch ihr Gehalt an solchen gering ist; sie enthalten im Durchschnitt etwa an Stickstoff 1,3 Proz., an Phosphorsäure 0,10 Proz., an Kali 0,05 Proz., an Kalk 0,35 Proz., an anderen Mineralstoffen etwa 3 Prozent, sie müssen daher, wenn sie kultiviert werden, reichliche Mengen von Düngemitteln erhalten.

Die Niedermoore sind besonders in den Provinzen Ostpreußen, Posen, Schlesien, Pommern, Brandenburg und Sachsen sowie in Mecklenburg verbreitet, doch finden sie sich

ferner auch im einzelnen festgelegt, welche besonderen Ausgaben in den einzelnen Ressorts verausgabt werden dürfen. Es befinden sich darunter neue Stellen für Beamte und Bauten der Eisenbahnverwaltung.

Schließlich werden für das Rechnungsjahr 1919 die Steuerzuschläge für Einkommen über 3000 M. neu geregelt.

Die Zuschläge betragen bei der Einkommensteuer in den Einkommensteuerrufen von 3000 bis 3900 Mark für Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Bergwerksbetriebe 30 vom Hundert der zu entrichtenden Steuer, bei sonstigen Steuerpflichtigen 15 v. H., bei 3900 bis 5000 Mark 20 resp. 20, bei 5000 bis 6500 Mark 25 resp. 25, bei 6500 bis 8000 Mark 30 resp. 30, bei 8000 bis 9500 Mark 35 resp. 35, bei 9500 bis 12.500 Mark 40 resp. 40, bei 12.500 bis 15.500 Mark 45 resp. 45, bei 15.500 bis 18.500 Mark 50 resp. 50, bei 18.500 bis 21.500 Mark 55 resp. 55 vom Hundert.

Die Zuschläge steigen entsprechend weiter bis zu 400 bzw. 300 v. H. der Steuer bei Einkommen über 1 Million Mark.

Die Zuschläge betragen bei der Ergänzungsteuer: Bei 6000 bis 20.000 Mark 100, bei 20.000 bis 32.000 Mark 120 u. s. v. v. H. der Steuer.

Zum Schluß wird bestimmt, daß für vorübergehende Verstärkung der Betriebsmittel der Generalstaatskasse bis auf Höhe von 10.000.000.000 Mark Schatzanweisungen oder Wechsel, die vor dem 1. Januar 1921 verfallen müssen, wiederholt ausgeben werden können. Dieser neue Schatzanweisungskredit dient zur Aufrechterhaltung der Finanzwirtschaft.

Gegen die Aufteilung Preußens.

In der Montagssitzung der Preussischen Landesversammlung brachte der deutsch-hannoversche Abg. v. Dannenberg Wünsche für das Selbstbestimmungsrecht Hannovers vor, denen der Ministerpräsident Hirsch entgegentrat. Eine Abstimmung der Bevölkerung lehnte er ab, da dazu gar keine Veranlassung vorliege.

Schließlich machte ein Schlußantrag der Debatte ein Ende, worauf der von sämtlichen Parteien eingebrachte Antrag Graf, der gegen die Einverleibung rheinischer Landesteile nach Frankreich oder Belgien Einspruch erhebt und den Gedanken eines westlichen Pufferstaates zurückweist, einstimmig zur Annahme gelangte. Der zweite Antrag Graf, der einen entschiedenen Protest, insbesondere gegen die Errichtung einer westdeutschen Republik enthält, wird gegen die Stimmen des Zentrums (welches sich der Abstimmung enthält) angenommen.

Selbsthilfe.

Das deutsche Vaterland liegt in Trümmern und harret des Baumeisters, der es wieder aufbauen soll. Schwer lastet die Zukunft auf uns allen, und wir können noch nicht absehen, was sie uns bringen wird, es ist dunkel vor unseren Augen. Da gilt es, Lichtblicke zu schaffen. Das Fundament zum Wiederaufbau des zerstörten ist das eigene Einfamilienhaus auf eigener Scholle. Nur ein bodenständiges Geschlecht wird den Stürmen gewachsen sein, die noch für viele Jahre über uns dahinhinbrausen werden, wird ein neues Geschlecht hervorbringen, stark und voll Liebe zu der angestammten Scholle, der es seine Stärke verdankt. Eine solche bodenständige Bevölkerung zu schaffen, ist das notwendigste Friedenswerk, ist geradezu ein Gebot der Selbsterhaltung für die Allgemeinheit, wie für den Einzelnen! In diesem Ziel müssen wir alle mitarbeiten, keiner darf zurückbleiben, ganz besonders muß aber jeder einzelne Familienvater sich das Ziel stecken: eigenes Einfamilienheim auf eigener Scholle mit wenn nur irgend möglich, 1250

Ueber Moorkultur.

1. Allgemeines.

Welchem guten Deutschen bangt nicht in diesen schweren Tagen um das Schicksal unserer Kolonien. Mancher würde lieber ein Stück von Posen oder Elsaß-Lothringen hergeben, als unsere Kolonien verlieren; aber auch in unserem lieben Vaterlande haben wir noch gewaltige Gebiete Koloniallandes, die noch der Erschließung harren. Es sind vornehmlich unsere Moore, die kultiviert, Hunderttausenden unserer Landsleute, die den Kampf ums Dasein nach dem Kriege lieber in der Heimat ausnehmen würden, als in der Fremde, Existenzmöglichkeiten bieten könnten. Die Moore Deutschlands werden auf etwa 2½ Millionen Hektar geschätzt, davon 1,8 Millionen Hektar allein in Preußen. Am weitesten verbreitet finden sie sich in der Provinz Hannover; so soll der Reg.-Bez. Stade etwa 28 Prozent, der Reg.-Bez. Aurich 25 Prozent, der Reg.-Bez. Osnabrück etwa 20 Prozent der ganzen Oberfläche umfassen.

Die Urbarmachung der Moore hat schon vor einigen Jahrhunderten eingesetzt und zwar ist Holland darin vorbildlich gewesen. Während aber dort im Laufe der Zeit ausgedehnte, blühende Siedlungen und Ortschaften auf Moorboden entstanden, blieb Deutschland entschieden hinter seinem Nachbarn zurück. Anfänge sind zwar auch bei uns gemacht worden, aber erst in den letzten Jahrzehnten hat eine intensivere Arbeit eingesetzt, wobei außer der Gewinnung von Siedlungs- und Kulturland, die Befestigung von Torf für Heizwecke und zur Erzeugung von Elektrizität angestrebt wurde. So ist vor einigen Jahren in Wissemoor in Ostfriesland eine derartige Anlage entstanden, welche die Umgegend mit elektrischer Energie versorgt. Auch die Stadt Osnabrück erhält ihre Elektrizität durch eine solche Anlage.

Die Preussische Regierung bringt der Kultivierung der Moore das größte Interesse entgegen, dies geht auch schon

neben den Hochmooren untergeordnet auch in anderen Landesteilen. Die Niedermoore sind in der Hauptsache da entstanden, wo in Flusstälern und an Bachläufen hinter aufgehöhten Ufern der Abfluß des Wassers abgeschnitten war, oder wo in anderen Mulden sich Wasseransammlungen bildeten. Die in diesen Gewässern und an deren Rändern wachsenden Pflanzen versanken nach dem Absterben unter Wasser und vermoderten unter Luftabschluß. Durch unzählige Generationen solcher vermoderter Pflanzen bauten sich nach und nach die Niedermoore auf. Die daran beteiligten Pflanzen sind: Rohrkolben, Pfeilkraut, Seerose, Wasserlilie, Sumpfdotterblumen, Wasserlisch und andere Wasserpflanzen, dazu noch Moose, Rinsen und saure Gräser, Pflanzen, die fast alle erheblich höhere Anforderungen an mineralische Nährstoffe stellen, als die Pflanzen der Hochmoore. Durch die Wasseransammlungen werden ihnen diese Nährstoffe in genügender Menge zugeführt. Vielfach treten bei Hochwasser anliegende Flüsse oder Bäche aus den Ufern, wodurch die Anreicherung der Moore mit mineralischen Bestandteilen begünstigt wird.

Die Niedermoore enthalten daher eine Menge Pflanzennährstoffe: an Stickstoff etwa 2,5 Proz. an Phosphorsäure 0,25 Proz., Kali 0,10 Proz., Kalk 4 Proz., an anderen Mineralstoffen etwa 10 Prozent. Der Gehalt an Kali und Phosphorsäure ist verhältnismäßig gering, dieses muß bei der Düngung entsprechend berücksichtigt werden.

3. Kultur der Moore.

Die erste Bedingung zur Kultivierung der Moore ist eine gründliche Entwässerung, sie geschieht entweder durch offene Gräben, oder durch Drainage. Die Tiefe der Entwässerung richtet sich nach dem anzustrebenden Kulturzweck. Aberboden erfordert eine tiefere Senkung des Grundwassers als Wiesenland. Sodann muß die infolge der Entwässerung eintretende Senkung des Moores berücksichtigt werden. Hochmoore lassen sich im allgemeinen leichter entwässern, als Niedermoore, weil sie meist eine gewölbte Form be-

ell, welche de.
Reisforts ver-
lich darunter
der Eisenbahn.

ungsjahr 1919
er 3000 Mt.

in kommen.
von 3000 bis
immanditaeiell-
jahren 30 vom
bei konfieren
bis 5000 Markt
0 resp. 25, bei
8000 bis 9500
Markt 100 resp.
resp. 60, bei
bei 18 500 bis

weiter bis zu
ntommen über

gänzungs-
00, bei 20 000
der Steuer.
für vorüber-
der General-
000 000 Markt
or dem 1. Jan-
ausgegeben
we. jun. kredit
ngwirtschaft.

reuzens.

ischen Landes-
overche Abg.
bestimmungs-
nisterpräsident
der Bevölle-
Veranlassung

der Debatte
Parteien ein-
Einverleibung
oder Belgien
nes weiltichen
ur Annahme
r einen ent-
ie Errichtung
rd gegen die
Abstimmung

ern und harrt
n soll. Schwer
nnen noch nicht
dunkel vor un-
fen. Das Jun-
ist das eigene
ur ein boden-
achsen sein, die
n werden, wird
voll Liebe zu
te verdankt. —
chaffen, ist das
ein Gebot der
für den Einzel-
arbeiten, keiner
jeder einzelne
s Einfamilien-
möglich, 1250

ch in anderen
der Hauptsache
schlüssen hinter
s abgeschnitten
ansammlungen
deren Rändern
sterben unter
ß. Durch un-
flanzen bauten
uf. Die daran
teilkraut, See-
afferliech und
nfen und saure
shere Anforde-
s die Pflanzen
ungen werden
nge zugeführt.
e Flüße ober
g der Moore
wird.

eine Menge
roz, an Phos-
f 4 Proz., 4
Der Gehalt an
näßig gering,
berücksichtigt

der Moore ist
entweder durch
Tiefe der Ent-
n Kultursweck.
Grundwassers
Entwässerung
werden. Hoch-
ntwässern, als
bte Form be-

am Gartenland, — eine kleinste Landwirtschaft und Vieh-
zucht für den eigenen Bedarf. — „Sist die selbst“ ist unser
Nat immer gewesen, Selbsthilfe ist die allerbeste Hilfe, sie
ist möglich, wenn der Wille da ist.

Der Deutsche Verein Arbeiterheim zu Bethel bei Biele-
feld, im Jahre 1885 durch den verstorbenen Pastor D. von
Fadelschwingh gegründet, zeigt jedem den Weg dazu.

Bethel bei Bielefeld im Februar 1919.

Der Vorstand.

Eine Schriftenzusammenstellung, die eingehend über
das gesamte Kleinfiedlungsweisen unterrichtet und alles
enthält, was für die Einleitung der praktischen Arbeit er-
forderlich ist, ist gegen Voreinsendung von 1.50 durch die
Geschäftsstelle des Vereins Arbeiterheim zu Bethel bei
Bielefeld zu haben.

Die Kleider-Verteilung.

Besserung im April-Mai.

Die Vorräte der Heeresverwaltung an Textil-
waren werden allgemein stark überschätzt: sie sind
durch die Ausgabe von Entlassungsgeldern, durch
Eingriffe unbefugter örtlicher Stellen, durch Tarn-
schüttung, im übrigen wird das Tempo der Ver-
sorgung leider dadurch verlangsamt, daß die Arbeit
der Weberien, Ausstattungsanstalten usw. durch Koh-
lennot und Arbeitermangel, Transportschwierigkeiten
und ähnliche Hindernisse sehr aufgehalten wird.

Die Neuproduktion an Geweben aus ehemaligen
Vorräten der Kriegesrohstoff-Abteilung wird die Be-
kleidungslage etwas verbessern; was davon fertige ge-
stellt ist, gelangt in den nächsten Monaten zur Ver-
schüttung. Im übrigen wird das Tempo der Ver-
sorgung leider dadurch verlangsamt, daß die Arbeit
der Weberien, Ausstattungsanstalten usw. durch Koh-
lennot und Arbeitermangel, Transportschwierigkeiten
und ähnliche Hindernisse sehr aufgehalten wird.

Die Ausgabe von Textilwaren in den freien
Verkehr muß allerdings zunächst noch hinter der
Versorgung der besonders notleidenden Bevölkerung
zurückbleiben, der die notwendigen Textilwaren im
Wege der Zentralversorgung (Bedienung des Bedarfs der
Behörden und Anstalten, der Kommunalverbände für
ihre notleidende Bevölkerung, der Vertriebe an Ar-
beitskleidung und Unterfunktbedarfs und der bürger-
lichen Beamten an Uniformen) deshalb bevorzugt zu-
geführt werden, weil die Reichsregierung Sicherheit
haben muß, daß ein angemessener Teil für die not-
leidende Bevölkerung brauchbarer Textilien derselben
auch wirklich zugeführt wird.

Die Verteilung der für den freien Verkehr
bestimmten Waren ist ebenfalls im Gange. Bis zum
15. März sind den Verbänden für insgesamt 75
Millionen Markt angeboten und für ca. 35 Millionen
Markt davon fest verkauft worden; da aber die Ver-
bände sich 3 Wochen Bedenkzeit, eine weitere Frist
von 5 Tagen bis zur Zahlung ausbedungen haben,
und da der hierauf einsetzende Transport an die Ver-
teilungsstellen, und die Ausschüttung an die Abneh-
mer auch noch Zeit erfordert, so wird es bis in
den April-Mai dauern, ehe die Ware beim Ver-
braucher bemerkbar wird.

Die Bewertung der Textilwaren erfolgt durch
die Reichs-Textil-Altiengeellschaft nach bestimmten
Preis-Nichtlinien des Reichsverwertungsamts. Diese
sind unter Beteiligung aller zuständigen Reichs-
instanzen festgesetzt worden, wobei von dem Grundsatz
ausgegangen wurde, daß die Verkaufspreise der Tex-
tilvorräte den durchschnittlichen Herstellungskosten ent-
sprechen müssen.

Ein Heruntergehen unter die eigenen Herstellung-
skosten verbietet sich unbedingt, da dem Reich hier-
durch sehr erhebliche Verluste entstehen würden. Ein-
fuhrware würde den Verbrauchern, mit Rücksicht auf
den hohen Weltmarktpreis und den ungünstigen
Stand der Baluta ebenfalls teurer als Reichsware
zu stehen kommen.

Es ist zu erwarten, daß die Verteilung der Textil-
waren, so daß sie von der Mitte aus nach den Rändern zu
Gefälle haben, während es bei den Niederungsmooren um-
gekehrt ist, so daß es häufig an der nötigen Vorhut fehlt;
sie müssen daher oft künstlich durch Pumpwerke entwässert
werden.

Hinsichtlich der Kultur der Moore unterscheiden wir
3 Arten: die Beenkultur, die Rimpause Moor-
dammkultur und die deutsche Hochmoorkultur.

a) Die Beenkultur.

Diese Methode ist hauptsächlich in Holland mit großem
Erfolg zur Durchführung gekommen. Sie wird in der
Weise ausgeführt, daß zunächst große schiffbare Haupt-
kanäle gezogen werden, die das ganze Moorgebiet auf-
schließen. Außer diesen Hauptkanälen werden eine Menge
Nebenkanäle sowie untergeordnete Entwässerungsgräben
ausgehoben. Sodann wird die oberste Schicht, die sog.
Bunterde, abgenommen und seitwärts ausgelegt, weil sie
zu Brennmaterial nicht geeignet ist. Die darunter liegende
Schicht wird nun abgestochen, der Torf getrocknet, in Schiffe
verladen und als Brennmaterial abgefahren. Als Rück-
fracht wird Kompost, Straßenabfall, Schlamm usw. mit-
gebracht. Auf das abgetorfte Moor wird die ausgelegte
Bunterde aufgebracht, diese mit Sand und den mitgebrach-
ten Düngstoffen vermengt und das Land in Kultur ge-
nommen. Die Wohnungen der Kolonisten werden systema-
tisch an den Hauptkanälen errichtet.

b) Die Rimpause Moor-
dammkultur.

Die Rimpause Moor-
dammkultur hat ihre Bezeichnung von
dem verstorbenen Rittergutsbesitzer Rimpau, der diese
Methode auf seinem Gute in Drömling in der Provinz
Sachsen zur Kultivierung von Grünlandsmoor zuerst an-
wandte. Hochmoore eignen sich hierfür weniger. An einen
Hauptentwässerungsgraben werden senkrecht, in Entfernung
von etwa 20—25 Metern, Nebengräben in einer Tiefe von
60—80 Ztm. für Wiesen, 1,10—1,25 Meter für Ackerland,
angelegt. Der oberste Grabenauschnitt wird zunächst zwischen
den Gräben ausgebreitet, hierauf die Moorschicht und o's
oberste Deckschicht eine etwa 10—15 Ztm. starke Sandschicht,

Deutsches Reich.

Aus Weimar.

T. U. Weimar, 26. März. Die „B. Z.“ meldet: Das
gesamte Reichsministerium ist im Laufe des gestrigen
Tages nach Weimar zurückgekehrt. Von 5 Uhr an fand
eine Kabinettsitzung statt, die bis nach 9 Uhr dauerte. Wie
verlautet, wird heute bei Beginn der Vollziehung der Natio-
nalversammlung außerhalb der Tagesordnung der
Ministerpräsident Scheidemann das Wort ergreifen, um die
Stellung der Regierung zu den Vorgängen, die sich am
Montag in Berlin abgespielt haben, klarzulegen. Vermut-
lich wird er dabei auch auf seinen Briefwechsel mit General
Ludenborff und die damit in Zusammenhang stehenden
Fragen eingehen. In der am Dienstagmittag ab-
gehaltenen Kabinettsitzung wurde u. a. auch der Finanz-
auschuß gewählt, der bereits heute der Einladung der
Verbündeten folgend, sich nach Paris begeben wird, um
dort in erster Linie die geldliche Seite des Lebensmittel-
abkommens zu regeln. Die Abordnung setzt sich aus fol-
genden, mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Mit-
gliedern zusammen. Die Hamburger Bankiers Melchior
und Max Warburg, Direktor Ubig von der Direktion der
Disconto-Gesellschaft in Berlin und der Großindustrielle
Richard Merten, einer der Inhaber der Frankfurter Me-
tall-Gesellschaft. Außerdem gehören der Abordnung zwei
Mitglieder der Rassenstillstandskommission und ein Mit-
glied der Reichsbank an.

Errichtung eines Staatsgerichtshofes.

T. U. Frankfurt a. M., 26. März. Der Vertreter
der „Fr. Z.“ in Weimar hat Grund zu der Annahme, daß
die aus außen- und innenpolitischen Gründen wiederholt ge-
forderte Untersuchungskommission über die Vorgänge bei
Ausbruch des Krieges und während des Krieges in aller-
nächster Zeit Wirklichkeit werde, und zwar durch die so-
fortige Schaffung eines Staatsgerichtshofes, der zwar in
der Verfassung bereits vorgesehen ist, der aber durch ein
vorläufiges Gesetz möglichst bald errichtet werden soll.

Eine deutsche Finanzabordnung nach Versailles.

Wth. (Bur. d. Vorl. Reg.) Berlin, 25. März. Die
britische Kommission in Spa hat die deutsche Regierung
mit einer Note vom 24. März eingeladen, ein aus höchstens
sechs Personen bestehendes Finanzkomitee nach Versailles
zu entsenden. Den deutschen Vertretern wird ein unge-
hindert und schneller Verkehr mit ihrer Regierung zu-
gesichert. Das Komitee soll die Vermittlungsstelle der deut-
schen Regierung und der Finanzabteilung des Obersten
Wirtschaftsrates sein in allen wichtigen Finanzfragen, die
mit der Lebensmittellieferung Deutschlands und der
deutschen Ausfuhr in Zusammenhang stehen.

Die Ankunft der Lebensmittelschiffe.

T. U. Hamburg, 26. März. Heute wird bereits das
zweite amerikanische Lebensmittelschiff, aus Rotterdam
kommend, hier eintreffen. Es handelt sich um den Stan-
dard-Dampfer „Lake Tularu“. Am Donnerstag schon wird
dann das dritte mit Lebensmitteln hier ankommen, eben-
falls ein Standarddampfer, etwa 5600 Bruttoregistert-
onnen groß. Über die Verteilung der Lebensmittel, bezw.
die Weiterverteilung ins Inland wird heute hier beschlossen
werden. Hauptächlich werden, der „B. Z.“ zufolge, die
großen Städte verproviantiert werden.

Ausland

Die Gerüchte über den Rücktritt Clemenceaus.

T. U. Genf, 26. März. Aus Paris wird gemeldet:
Wie das „B. T.“ meldet, erhält sich hartnäckig das Gerücht,
daß Clemenceau zurücktreten werde, angeblich infolge seiner
Verwundung und zunehmenden Kräfteverfalls, der auf
sein hohes Alter zurückzuführen sei. In Wirklichkeit würde

der Rücktritt jedoch auf die Wirkungen der Umwälzung in
Ungarn und die Spannung zwischen ihm und Wilson zu-
rückzuführen sein. In den Wandelgängen wird dem „Cor-
riere della Sera“ zufolge Briand als Nachfolger genannt.

Verhängung des Standrechts in Spanien.

Wth. (Bur. d. Vorl. Reg.) Madrid, 25. März. Über
ganz Spanien ist das Standrecht verhängt worden.

Spaltung des Verbandes in lateinischen und englisch-
amerikanischen Block.

Bern, 25. März. „Italia“ erfährt aus sicherer römi-
scher Quelle, daß Frankreich entschlossen sei, sich nach Italien
zu orientieren, so daß der lateinische Block in nahe Mög-
lichkeit gerückt erscheine. Auf der Pariser Konferenz wäre
sich ein englisch-amerikanischer Block hergestellt in der Ab-
sicht, den überseeischen Frieden zu sichern. Infolge dieser
Tatsache sind England und Amerika gehalten, sich nicht zu
sehr mit den Sicherheiten des kontinentalen Friedens
Europas zu befassen. Dieser ist dagegen ein vitales Inter-
esse für Frankreich und Italien.

Baltische Landeswehr.

Ende Dezember 1918, als die Ostseeprovinzen (das Bal-
tikum), nachdem die deutschen Okkupations-Armeen nach
und nach abgerufen worden, von der erstandenen schwä-
chlichen lettischen Republik „Latvija“ nicht gegen die
aus dem Osten eindringenden russischen Bolschewismus- und
die einheimischen lettischen Banden und deren Terror ge-
schützt werden konnten, entstand eine „baltisch-deutsche
Landeswehr“ zum Selbstschutz der Heimat aus freiwillig
sich meldenden Jünglingen und Männern von 16—60
Jahren! All diese deutschen Einwohner des Baltensandes
tun nun Heldentaten und für ihre Heimat kämpfen der
16 jährige Schüler Schulter an Schulter mit dem graubärti-
gen Manne (z. B. ein Vater mit seinen 5 Söhnen zu-
sammen. Eine baltische Dame, die auch zwei Söhne von
16 und 18 Jahren (Gymnasiasten) zu diesem hehren Zweck
hergegeben, hat dies zu folgendem Gedicht veranlaßt:

„Baltische Landeswehr.“

Was kommt so mutig die Straße daher?

Ein Trupp von blühenden Knaben,
Die unter ihrer Rüstung schwer
Das Herz von Männern haben.

Sie tragen keine Fahnen so rot,
Wie sie wehn in andern Ländern,
Auf ihren Mützen thront der Tod
(Totenkopf-Kolarde)

Über himmelblauen Bändern.

So fest schritten ihre Väter einher
Vor siebenhundert Jahren,
Als sie im Osten, am Baltischen Meer
Die ersten Deutschen waren.

An Zahl gering und Haß und Tod
Als graufige Weggenossen;
Der selbe Haß, dieselbe Not
Droht heute den letzten Sprossen.

Das Land verwüstet, die Heimstätten leer,
Die Besten gemordet, geädelt —
Ihr Jünglinge von der Landeswehr
Ihr wißt es, wofür Ihr fechtet!

Und bleibt Euch die alte Heimat nicht mehr
Und bricht Euch des Schicksals Schwere,
Ihr Jünglinge von der Landeswehr,
Es gilt „Aurlands“ letzte Ehre!

Heide zugelegt. Nach der Entwässerung wird die Fläche
umgegraben und geebnet, dann gefalct. Hierauf wird die
Fläche nochmals umgegraben und schließlich mit Kunst-
dünger gedüngt.

Welcher von den beiden Arten, ob der Beenkultur, oder
der deutschen Hochmoorkultur der Vorzug zu geben ist,
richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen und muß durch
Sachverständige entschieden werden.

Wenn bei uns die Moor-
kultur nicht denselben Auf-
schwung genommen hat, wie in dem benachbarten Holland,
so lag das vielfach an dem Mangel eines einheitlichen
Planes. Es dürfte daher unbedingt nötig sein, einen ein-
heitlichen Kultivierungs- und Besiedelungsplan für die
in Betracht kommenden Gegenden auszuarbeiten zu lassen, da
es sonst leicht vorkommen kann, daß einzelne Gebiete kultu-
riert werden, die nachher nicht mehr in den Zusammenhang
hineinpassen. Die jetzige Zeit mit ihren außerordentlich
hohen Preisen für Arbeitslöhne und Düngemittel ist aller-
dings für eine mit aller Macht einsetzende Kultivierung
sehr ungünstig, da die entstandenen Kosten mit dem Wert
des gewonnenen Landes z. Bt. in keinem Verhältnis stehen.
Es ist indessen zu erwarten, daß auch wieder bessere Ver-
hältnisse eintreten, die unverhältnismäßig hohen Löhne ab-
gebaut und wieder normale Arbeitsleistungen eintreten
werden. Zunächst wird es sich in der Hauptsache darum
handeln, die Hauptvorflutanlagen als Notstandsarbeiten
auszuführen, um so viel als möglich Arbeitslose unter-
zubringen, und dann nach und nach eine planmäßige Kultu-
rierung und Besiedelung vorzunehmen.

Angeht die der trostlosen Lage, in der sich unser Vater-
land z. Bt. befindet, ist wohl anzunehmen, daß die Regie-
rung keine Opfer scheuen und keine Mittel unversucht
lassen wird, die noch brachliegenden Ländereien in Kultur
und Besiedelung zu nehmen; um so mehr, als der Krieg
uns Neuland nicht gebracht hat, im Gegenteil man uns
vorausichtlich unser Siedlungsland noch zum Teil weg-
nehmen wird.

M. B. Schneider, Magdeburg.

Evangelischer Bund.

In einer am Sonntag in Bielefeld abgehaltenen Versammlung des Evangelischen Bundes sprach Herr Oberrealschuldirektor Dr. Ahrend-Bielefeld über das Thema:

Die Wartburg, ein Mittelpunkt deutschen Lebens in Vergangenheit und Gegenwart.

Wir lassen den Vortrag, der auf die Zuhörer einen starken Eindruck machte, in seinen Hauptgedanken hier folgen.

Zeiten der Not, der Entscheidung, des Kampfes und Ringens sind auch Zeiten des Segens. Das zeigt die Geschichte. In sie wollen wir uns vertiefen und in ihr die Kräfte unsers eigenen Lebens finden. Wir möchten unsere Gedanken einmal lösen von den Sorgen, Nöten und brennenden Aufgaben unserer Zeit und uns in die Vergangenheit versenken. Die Fahrt nach der im schönen Thüringer Lande gelegenen Wartburg soll zugleich eine Fahrt in die innere Welt sein. Wir durchschreiten die alte Stadt Eisenach, kommen an dem Lutherdenkmal vorbei und an dem Hause der Frau Cotta, in dem Luther als Knabe freundliche Aufnahme fand. Wir sehen das Geburtshaus unsers größten deutschen Dichters Johann Seb. Bach und gehen an Fritz Reuters Villa vorbei. Dann steigen wir den Berg zur Wartburg empor und treten in den Burghof ein. Umkränzt von waldigen Bergen, bietet sie ein gereines Bild mittelalterlichen Lebens. Zugleich ist sie eins der schönsten Denkmale romanischer Baukunst. Im Landgrafenhaus finden wir von Moritz v. Schwind gemalt, die Bilder aus dem Leben der heiligen Elisabeth und vom Sängerkrieg. Dieser soll im Jahre 1207 am Hofe des Landgrafen Hermann stattgefunden haben. Wir werden durch ihn zurückversetzt in die Zeit, da der Minnesang blühte. Heinrich v. Ofterdingen, Wolfram v. Eschenbach, Walther v. d. Vogelweide und Gottfried v. Strassburg sind jedenfalls Gäste der Wartburg gewesen. In dem Gange zum Festsaal erinnern wieder Schwindsche Bilder an das barmherzige Wirken der heiligen Elisabeth, die als 4 jähriges Kind, mit dem künftigen Landgrafen Ludwig verlobt, auf die Wartburg kam.

Nun treten wir ein in einen erinnerungsreichen Raum: die Lutherstube. Hier hat der Reformator 10 Monate lang gewohnt. Er ist hier durch schwere Kämpfe hindurchgegangen und seiner Sendung von neuem gewiß geworden. So ist er denn mit Wort und Schrift für das eingetreten, was er für recht erkannte. Hier hat Luther die Kirchenpostille geschrieben und vor allem das Neue Testament überfetzt. Wir freuen uns dieser wichtigen folgenreichen Arbeit und grüßen die Wartburg als Quelle echt evangelischen Lebens.

Wieder schreitet die Zeit weiter. Die Wartburg schau herab auf den Jammer und die Not des 30 jährigen Krieges. Deutsches Leben schien erstorben zu sein. Aber nach den Befreiungskriegen sah die Wartburg einen neuen Geistesfrühling. Deutsche Studenten gaben davon in Flammenzeichen Kunde. Am 18. Oktober 1817 feierten sie das 300 jährige Gedächtnis der Reformation und zugleich an die von vielen noch mitgekämpfte Leipziger Schlacht. 500 Studenten versammelten sich auf dem Burghofe und hörten die Festspreche des Theologen Riemann. Dann zündeten sie ein großes Feuer an, in dem sie auch verschiedene Zeichen der alten Zeit verbrannten, einen Korporalstock, einen Schnürleib und mehrere der jungen Freiheit feindliche Schriften. Gott, Freiheit, Vaterland, das war die Losung der Deutschen Burschenschaft, die sich auch heute noch alle zwei Jahre in der Nähe der Wartburg versammelt.

Auch heute dürfen wir eines Mannes gedenken, der uns zu den Quellen des deutschen Idealismus zurückführen will. Es ist der Dichter Friedrich Lienhard, der unserem Volke noch viel zu sagen hat, besonders in seinem Thüringer Tagebuch, in seinen „Begen nach Weimar“ und

in seiner Wartburgtrilogie. Die Wartburg bleibt auch heute noch ein bedeutsamer Mittelpunkt deutschen Lebens, eine Stätte der Einkehr, Sammlung und Vertiefung in das deutsche Wesen. Das Heil kommt nicht von außen her, sondern von innen und von oben. Hören wir auf Lienhard's Wort: Seid still und stark, seid stark und still! Der über euch waltet, was er will.

Verschiedenes.

Die Verwirrung in Halle.

Halle hat sich in wenigen Tagen mit unaussprechlicher Schande bedeckt. Es hat sich öffentlich gezeigt, wie groß der Pöbel hier ist, wie gemein und wie feige. Fast alle großen Geschäfte sind zerstört und zum Teil bis auf den letzten Nagel ausgeplündert. Die Hefe der Gesellschaft kam zum Vorschein und tobte zwei Nächte und einen Tag lang ihre bestialisches und satanischen Instinkte aus. Die empörende Ermordung des Oberstleutnants v. Klüber ist leider nicht der einzige Mord des Mobs geblieben. Die Sicherheitsmannschaften haben lediglich die Plünderer gestoppt. Die Drahtzieher haben die Meute auf uns losgelassen, um sich dafür zu rächen, daß die Regierungstruppen an gezogen und Ordnung stifteten. Die haben das mit eiserner Energie getan, und jetzt herrscht Ruhe. Wir selbst sind Gott sei Dank völlig unversehrt geblieben: wir hörten nur über die Saale herüber die Maschinengewehre, gelegentlich auch die Artillerie. Die Arbeiterschaft ist des Streiks größtenteils müde, aber sie wird unaufhörlich verhetzt. Ein grenzenloses Mißtrauen hat die Bevölkerung zerrissen. Das Ganze ist ein durchaus trankhafter Zustand, der erst aufhören kann, wenn mit der Aufhebung der Blockade normale Verhältnisse wieder eintreten; aber dahin wollen uns unsere Feinde haben, und ihre Stupidität hat nur eine Grenze an der Furcht, vom Bolschewismus auch angefaßt zu werden.

Nationalversammlung.

Weimar, 26. März. Das Haus ist stark besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Scheidemann: Täglich mehren sich die Meldungen aus dem Auslande, worin neue Eisicherungen in den zu erwartenden Friedensbedingungen angekündigt werden, zu dem Zwecke, uns allmählich durch Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns dann die endgültigen Bestimmungen fast erträglich erscheinen. Durch ganz Deutschland geht ein Schrei nicht chauvinistischer, sondern tiefer Verzweiflung — ein Appell an die höchste vorhandene Instanz, an das Menschheitsgewissen. Zu Tausenden kommen Proteste aus Provinzen, Städten, Dörfern. Sie wollen deutsch bleiben, weil sie sich nicht anders fühlen und denken können, denn als Deutsche (Stürmischer Beifall.). Die Reichsregierung weiß, daß diese Treue das wertvollste Gut ist, welches ihr zur Verwaltung anvertraut ist. Die Regierung wird sich von keiner Seite ihr Recht schmälern lassen. Die im höchsten Blütezustande stehenden Teile des Reiches haben am meisten mit der Reichsverdröbenheit zu kämpfen. Die deutsche Republik hat nicht nur an die Gegenwart, sondern auch an die Zukunft zu denken; sie hat es erlebt, daß das Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen täglich lauter und inniger wird. Es gibt jetzt riesige Versammlungen nicht nationalistischer Art (Zruf.). Es wird von den sogenannten Linken, Radikalen gesagt, das deutsche Volk habe gar kein Recht zu protestieren gegen Vergewaltigung, denn Brest-Litowsk und Bukarest seien unsere Schuld. Wo deutsche Schuld liegt, darf deutsches Schuldbekenntnis nicht ausbleiben. Die Reichsregierung hat ihren bisherigen Gegnern den Vorschlag gemacht, einen internationalen Gerichtshof zur Entscheidung der Schuldfrage zu errichten, der diese Frage nach allen Seiten

prüfen und dann urteilen sollte. England hat diesen Vorschlag abgelehnt. Es ist also nicht unsere Schuld, wenn der von uns selbst vorgeschlagene Prozeß ungeführt bleibt. Aber selbst wenn Deutschland aller Verbrechen, deren man es bezichtigt, wirklich schuldig wäre, hat es, frage ich die Unabhängigen, darum das heilige Recht verloren, gegen Vergewaltigungen zu protestieren? Hat es das heilige Recht verloren, gegen Fesseln zu protestieren, die ihm die Gurgel zudrücken würden? Was von uns jemals nach Meinung der Unabhängigen an Vergewaltigungen beachtet wurde, reicht doch nicht annähernd an das heran, was unsere Gegner uns gegenüber schon ausführten oder ausführen wollen. Spaa ist schlimmer als Brest, weil Spaa zeigt, daß es von Brest nichts gelernt hat.

Am letzten Sonntag haben einige Versammlungen in Berlin stattgefunden, einberufen unter dem Eindruck der Meldungen, daß Westpreußen, Danzig, das Saargebiet ihre Reichszugehörigkeit zu verlieren drohten. Noske hat für diese allen Deutschen in allen Parteien gleichmäßig am Herzen liegenden Kundgebungen die Bestimmungen des Belagerungszustandes aufgehoben und die Straßen freigegeben. Aber was ist erfolgt. Es war für einen Teil des Publikums schon kennzeichnend, daß er Ausführungen Erzbergers und Bernsteins mit lärmenden Kundgebungen unterbrach — gegen den Widerspruch der überwiegenden Mehrheit, nur weil beide Redner sich auf den Boden des Wilsonschen Programms gestellt haben.

Letzte Nachrichten.

Der kommende Friede.

T. U. Genf, 26. März. Der „Temps“ bespricht die Möglichkeit, daß Deutschland sich weigere, den Frieden zu unterzeichnen. In diesem Falle müßte der Verband einseitig das Friedensinstrument auffertigen und einseitig der Welt die Verbandslösung aufzwingen.

Die Schweiz gegen einen Gewaltfrieden.

T. U. Wien, 26. März. Der „Neue Tag“ meldet laut „B. T.“ aus Bern: Der Chef des politischen Departements Calonder ließ die Verbandsgeandten zu sich kommen und drückte sein lebhaftes Bedenken gegen einen Gewaltfrieden aus. Ohne sich in fremde Gebiete einzumischen, müsse er erklären, durch einen Gewaltfrieden könne auch die Schweiz bedroht werden. Alle Länder hätten ein gewisses Interesse daran, die Ausbreitung des Bolschewismus zu verhindern. Durch die Verzögerung des Friedens würde die Gefahr des Bolschewismus für ganz Europa sich sehr beträchtlich erhöhen.

Unterdrückter Streik im Elsaß.

T. U. Basel, 26. März. Der in Mülhausen drohende Generalstreik ist nach einer Mitteilung des Baseler „Vorwärts“ dadurch verhindert worden, daß der französische Regierungsvertreter drohte, die Streikenden verhaften und zu Zwangsarbeit in die zerstörten Gebiete abführen zu lassen. Die Forderungen der Arbeiter wurden nur zum kleinen Teil erfüllt. Der Beschluß zur Einführung des Achtstundentages ist durch einen Vertreter der Pariser Regierung wieder aufgehoben worden. Die Arbeiter der Metall- und Holzindustrie und die Straßenbahner verharren noch in der Lohnbewegung. Der Belagerungszustand in Mülhausen bleibt bestehen; auch die verhafteten Gewerkschaftsführer sind laut „B. Z.“ noch nicht aus der Haft entlassen.

Für den Inhalt verantwortlich: B. Kraa, Bethel.
Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld, Gerzau 11, Amt Bielefeld

Soeben ist erschienen:

Der Weltkrieg

wie wir ihn kommen sahen u. erlebten

Von D. Samuel Jaeger.

300 Seiten. Hübsch gebunden Mk. 7.50 u. 10% Teuerungszuschlag.

Der Verfasser weiß anschaulich das allmähliche Heraufsteigen des gegenwärtigen Weltkrieges zu schildern. Er zeichnet einerseits ein plastisches Bild von dem langsamen Hinabgleiten der Völker in britische Abhängigkeit, andererseits spiegeln die Artikel unsere eigenen Erwartungen wider — auch irrige — die für unser Denken und Fühlen jener Zeit vor Ausbruch des Krieges kennzeichnend sind. Zum Schluß läßt er die einzelnen Phasen des Ringens an dem Veler vorüberziehen; mit unserer Frühjahr und des Feindes Sommeroffensive 1918 findet das Werk vorläufig seinen Abschluß. Alle diejenigen, die des Verfasser's Artikel in unserer Monatschrift gelesen haben, werden gewiß gern zu diesem Werk greifen, das ihnen ein vollständiges Bild der Ursachen und des Fortschreitens des ungeheuren Weltkriegen bietet. Die Ausstattung des Wertes ist gut.

Bestellungen wolle man freundlichst richten an die
Buchhandlung der Anstalt Bethel, Bethel b. Bielefeld.

Assistenz-Arzt.

Für eine größere psychiatrische Abteilung wird ein christlich gesinnter Mediziner als Assistent gesucht. Meldungen an den
Vorstand der Anstalt Bethel bei Bielefeld.

Bohnerwachs

hat wieder vorräthig
Adolf Mühlenwea, Bielefeld.

Was ist das Evangelium?

von Pastor S. Jaeger, Dozent an der Theologischen Schule zu Bethel.

Eleg. kartoniert, zurückgelegt
Statt 1 20 nur — 50.

„Es ist in unserer kritisch düstern, dem Idealen eines Mannes zu folgen, der mit der Denkfähigkeit und Sorgfalt eines wahrheitsliebenden Forschers die Wärme eines lebendigen Gutes verbindet.“ (Vollst. Union.)

Bestellungen richte man freundlichst an das

Antiquariat der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld.

Der Deutsche Guttempler-Orden (106T)

verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Bruderverliebe, um unser Volk aufwärts zu führen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unseres Volkes. Jede gewünschte Auskunft erteilt:
Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Für das II. III. IV. Vierteljahr 1919 bestellt
(Nicht Zutreffendes zu durchstreichen.)

Exemplar	Benennungen der Zeitungen etc.	Bezugszeit	B. trag	Bestellgeld
			M S	M S
	Aufwärts*) Bielefeld			

Quittung.

Obige Mark Pfg. sind heute richtig bezahlt.

Post-Annahme.

*) Der Aufwärts kostet vierteljährlich 2,40 Mk. und 42 Pfg. Post. lgebl.